

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 43 – Zukünftige Aufstellung der HSH Nordbank

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Telefon: 0431 / 988 – 1503

Fax: 0431 / 988 – 1501

Mobil: 0172 / 541 8353

presse@gruene.ltsh.de

Nr. 185.09 / 06.05.2009

Die Landesregierung kann es nicht: Setzen, sechs!

Welch dürrtiger Bericht, den die Landesregierung abgeliefert hat! Dreieinhalb Seiten gefüllt mit Allgemeinplätzen: Note sechs für die Landesregierung! Da diskutiert die ganze Bundesrepublik über die notwendige Neuaufstellung der Landesbanken, über Fusionen und über mögliche Organisationsformen für eine Bad Bank, und die Schleswig-Holsteinische Landesregierung, selbst Anteilseigner einer durch die Finanzmarktkrise schwer erschütterten Bank, tut so, als ginge sie das Ganze gar nichts an.

Welche Position hat die Landesregierung zur Weiterentwicklung des Landesbankensektors? Antwort der Landesregierung: „CDU und SPD haben uns aufgefordert, bis zum 1.Oktober 2009 ein Konzept über die Rolle der HSH in einer künftigen Landesbankensstruktur in Deutschland vorzulegen.“ Na prima!

Während andere Landesregierungen bereits eigene Vorstellungen entwickelt haben und hammerhart für ihre Landesinteressen streiten, verschläft diese Landesregierung die Zukunft. Schlimmer noch: Mit ihrem Nichtstun nimmt die Regierung in Kauf, dass mehrere Milliarden, welche Schleswig-Holstein in den letzten Jahren in die HSH Nordbank investiert hat, auf Spiel gesetzt werden und so große Teile des Landesvermögens vernichtet werden.

Die Spatzen pfeifen von den Dächern, dass sich sieben Landesbanken in Deutschland auf Dauer nicht werden halten können. Die meisten Landesbanken kämpfen schon heute um ihre Existenz, brauchen milliardenschwere Rettungsschirme von ihrem jeweiligen Bundesland und machen sich außerdem zunehmend gegenseitig Konkurrenz indem sie bundesweiten unter anderem um das eigentlich regionale Firmenkundengeschäft werben.

Wer sich jetzt nicht in die Debatte um die Neukonzeption der Landebanken einmischte wird anschließend hinnehmen müssen, dass andere den Kurs bereits abgesteckt haben.

Der Ursprung für die Gründung der Landesbanken als öffentlich-rechtliche Institute war die Sicherstellung der Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft. In den letzten Jahr-

zehnten hat sich die Situation aber verändert: Durch den Wegfall der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast 2005 haben sich die Kreditkonditionen für die Landesbanken deutlich verschlechtert, und außerdem sind die Sparkassen größer und mobiler geworden und bei weitem nicht mehr in dem Maß wie früher auf ihre Landesbank als Finanzpartner angewiesen.

Vor diesem Hintergrund muss man, wenn man sich über die Zukunft der Landesbanken Gedanken macht, zu allererst die Frage stellen, welchen Bedarf es bei den regionalen Wirtschaftsbetrieben zukünftig noch für ein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut oberhalb des Sparkassensektors gibt.

Unser Berichts Antrag enthielt genau diese Frage – und die Landesregierung hat die Antwort verweigert.

Herr Finanzminister, ich fasse diesen schlampig erarbeiteten Bericht als Missachtung des Parlamentes auf! Können Sie nicht antworten oder wollen Sie nicht antworten?

Schon mit dem neuen Geschäftsmodell für die HSH Nordbank hätten Sie eine Bedarfsanalyse über die Kreditversorgung der Wirtschaft vorlegen müssen! Aber auch das haben sie nicht getan.

Das einzige was uns von Seiten der Landesregierung dazu vorliegt ist der Kabinettsbericht des ehemaligen Wirtschaftsministers, in dem sich Herr Marnette sehr kritisch mit dieser Frage auseinandergesetzt hatte.

Er hatte festgestellt, dass die Fortsetzung der bisherigen Geschäftspolitik der HSH Nordbank für die Kreditversorgung der Wirtschaft keinen wesentlichen Vorteil bringen würde und die These aufgestellt, dass eine öffentliche Trägerschaft der Landesbank nicht mehr zu begründen ist und demzufolge, sobald wie möglich und wirtschaftlich vertretbar, beendet werden sollte.

Die GRÜNE Landtagsfraktion teilt diese Einschätzung. Eine bundesweite Reform der Landesbankenstruktur ist überfällig. Deutschland braucht weder sieben Landesbanken, noch, wie vom deutschen Sparkassen- und Giroverband vorgeschlagen, zwei oder drei.

Unser Vorschlag ist es, die sieben Landesbanken zu nur noch einem öffentlich-rechtlichen Finanzinstitut in der Hand der Sparkassen weiter zu entwickeln. Ein gangbarer Weg dort hin wäre die Gründung einer Holding für diejenigen Teile, die jetzt in die so genannte Kernbank gehen, und die Gründung eines Anstaltsmodells (AIDA – Anstalt in der Anstalt) in welche die Länder ihre Abbaubanken einbringen könnten.

Auf diesem Wege könnten die Landesbanken mittelfristig zu einem öffentlich-rechtlichen Zentralinstitut fusionieren können, die Altrisiken wären nach wie vor nach dem Verursacherprinzip zuzuordnen und die neue Holding wäre stark genug, um Gewinne zu machen und den noch vorhandenen Wert der Landesbanken zu erhalten, beziehungsweise zu verbessern.

Filialen vor Ort könnten die Versorgung der regionalen Wirtschaft sicherstellen und das Spezial-Know-How - wie die Schiffsfinanzierung der HSH Nordbank - in der jeweiligen Region erhalten.

Dieses Konzept löst nicht die aktuellen Probleme der HSH Nordbank, aber es zeigt auf, welche tief greifenden Schritte notwendig wären um die Landesbankenlandschaft von Grund auf zu reformieren.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat ein ähnliches Konzept ins Spiel gebracht, eine „Bank deutscher Länder“ in Form einer Holding, mit mehreren Niederlassungen um die Interessen der jeweiligen Länder mit Landesbanken zu gewährleisten und um an den jeweiligen Standorten einzelne Geschäftsbereiche zu bündeln.

Während sich andere Länder in die Debatte einmischen verharret die Schleswig-Holsteinische Landesregierung im Gestern.

Im Bericht heißt es: „Fusionen oder übergreifende Strukturänderungen kann es erst nach Bereinigung der jeweiligen kritischen Portfolien in allen Landesbanken geben“. Das wird dauern.

Ich appelliere dringend an uns alle, nicht denselben Fehler wie in den Jahren 2001-2005 zu begehen, als wir glaubten, dass sich die Landesbanken auch nach dem Auslaufen der Gewährträgerhaftung am Markt halten können.

Damals haben wir es versäumt – und ich sage dieses durchaus selbstkritisch - darauf zu drängen, dass sich die Landesbanken in Deutschland neu aufzustellen und am Bedarf der regionalen Wirtschaft auszurichten. Lassen Sie uns diesen Fehlen nicht wiederholen. Die sieben Landesbanken in Deutschland haben in ihrer jetzigen Form keine Perspektive.

Herr Finanzminister, beteiligen Sie sich endlich an der bundesweit geführten Reformdebatte, statt rückwärtsgewandt alte Strukturen zu zementieren. Ihre Strategie des Nichts tun ist hoch riskant. Schleswig-Holstein hat Milliarden an Vermögen in die HSH Nordbank investiert und muss alles tun, damit dieses Geld nicht endgültig verloren ist. Tagträumereien über schon bald wieder fließende Dividenden können wir uns nicht leisten, Herr Wiegard.

Und hören Sie endlich damit auf den Menschen im Land vorzugaukeln, dass bisher kein Cent Steuergeld für die HSH Nordbank draufgegangen ist. Sie wissen doch genauso wie wir, dass das vom Land bei der HSH Nordbank angelegte Vermögen erstens zurzeit keine Gewinne einbringt und dass zweitens niemand sagen kann, ob wir von dem investierten Geld je einen Cent wieder sehen!

Niemand kann heute sagen, ob das neue Geschäftsmodell der HSH Nordbank in Zukunft trägt. Umso wichtiger ist es, gemeinsam mit den anderen Bundesländern Konzepte zu erarbeiten, damit Schleswig-Holstein durch seine Stützungsmaßnahmen für die HSH Nordbank nicht selbst zum Stützungsfall wird.

Ich fasse zusammen:

Erstens:

Der vorgelegte Bericht der Landesregierung ist eine Frechheit - konsequenter Weise müsste das Parlament die Annahme verweigern und die Regierung auffordern nachzuarbeiten.

Zweitens:

Die Landesregierung verweigert sich der notwendigen Neukonzeption der Landesbanken und verspielt somit die Einflussmöglichkeiten des Landes.

Und Drittens:

Mit ihrer dilettantischen Vorgehensweise setzt die Landesregierung große Teile des Landesvermögens aufs Spiel.

Diese Landesregierung kann es nicht!
